

PM Nr.5 vom 22.02.2007

Grüne fordern Ministerpräsident Wulff zu Endlager-Hearing auf

Protestaktion vor Staatskanzlei zum 30. Jahrestag der Endlagersuche in Gorleben

Die niedersächsischen Grünen haben heute anlässlich des 30. Jahrestages der Entscheidung, Gorleben zu einem nuklearen Entsorgungszentrum zu machen, für ein bundesweit vergleichendes systematisches Verfahren in der Endlagersuche demonstriert. Als Symbol für 30 Jahre "verbohrte Atompolitik" in Niedersachsen übergaben sie an der Staatskanzlei symbolisch ein Atomklo (Foto der Aktion unter www.gruene-niedersachsen.de).

In einem offenen Brief fordern die Landesvorsitzende Dorothea Steiner, die wendländische Europaabgeordnete, Rebecca Harms und der Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag, Stefan Wenzel, Ministerpräsident Christian Wulff auf, in Gorleben nicht gegen alle fachlichen Bedenken Fakten zu schaffen. "Internationale Sicherheitsanforderungen der IAEA oder der OECD erlauben kein Verfahren, in dem nicht von Anfang an Transparenz und Bürgerbeteiligung Priorität haben", heißt es in dem offenen Brief. In Gorleben werde nach 30 Jahren Endlagersuche hingegen schon wieder hinter verschlossenen Türen verhandelt.

Als einen ersten Schritt zu einem transparenten und systematischen Suchverfahren fordern die Grünen die Landesregierung auf, zu einem Endlager-Hearing einzuladen. 15 Jahre nach der letzten Anhörung zur Endlagersuche sei es an der Zeit, sich den neuen Erkenntnissen und Anforderungen öffentlich zu stellen. "Die Entscheidung für ein Endlager für radioaktiven Müll, der Millionen Jahre gefährlich bleibt, kann nur getroffen werden, wenn in einem nachvollziehbaren Verfahren der relativ beste Standort gesucht wird", heißt es in dem Brief an Ministerpräsident Wulff.

Den offenen Brief finden Sie [hier >>](#)

© BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Quelle:
<http://www.partei.gruene-niedersachsen.de>